

Das geringere von zwei Übeln

Basel-Stadt Mit Zähneknirschen akzeptieren die Präsidenten der Basler Parteien die Vereinbarung zur Zahlung von 80 Millionen an Baselland. Die SVP droht mit Referendum

VON SIMON ERLANGER

Die Nachricht von der Vereinbarung der beiden Basel zur finanziellen Unterstützung des Baselbiets und somit zur Rettung von Universitäts- und Kulturvertrag traf die Basler Parteipräsidenten unvorbereitet. Entsprechend pointiert sind die Reaktionen.

Mit grossem Erstaunen habe er gestern Morgen davon vernommen, sagt etwa FDP-Präsident Daniel Stolz zur bz. «Das kann ja nicht sein», so auch die erste Reaktion von FDP-Fraktionschef Andreas Zappalà. GLP-Präsident David Wüest-Rudin, hatte gestern die Meinung von Partei und Fraktion noch nicht eruiert. Er habe aber persönlich keine Lust, sich erpressen zu lassen, so Wüest-Rudin. Vehement reagierte die Basler SVP. Man stehe dem Ablasshandel kritisch gegenüber, schreibt die Partei in einer Medienmitteilung. «Sie wollen zwar nicht wirklich etwas mit uns zu tun haben, aber unser Geld ist ihnen recht», so SVP-Präsident Sebastian Frehner zur bz. Es könne nicht sein, dass der Basler Steuerzahler für das Baselbiet geradesteht, meint Frehner. Mit dem Deal nicht glücklich ist auch CVP-Präsidentin Andrea Strahm. Und auch LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein ist wenig begeistert von der jährlichen Basler Überweisung von 20 Millionen Franken.

Bittere Pille

Aber nicht nur die Bürgerlichen zeigen sich konsterniert ob der Vereinbarung zwischen den beiden Ba-

sel. Auch die Linke hat daran zu kauen. «Es ist eine bittere Pille, die man da schlucken müsse», meint etwa SP-Präsidentin Brigitte Hollinger. Skeptisch ist auch Basta-Co-Präsidentin Heidi Mück. Sie möchte wissen, was eigentlich die Auswirkungen der Vereinbarung sind. Bedeutet die jährliche Transferleistung, dass weniger Geld für die städtischen Einrichtungen zur Verfügung steht? Sind angesichts der Zahlungen ans Land, Kürzungen in der Stadt noch zu rechtfertigen?

«Sie wollen zwar nicht wirklich etwas mit uns zu tun haben, aber unser Geld ist ihnen recht.»

Sebastian Frehner SVP-Präsident und Nationalrat zur Vereinbarung zwischen Baselland und Basel-Stadt

Einzig die Basler Grünen begrüssen die Vereinbarung als guten Kompromiss, welcher der Universität und den kulturellen Einrichtungen Pla-

nungssicherheit verschaffe. «Es ist ein saurer Apfel, in den man hineinbeissen muss. Doch es ist das Einzige, was uns weiterbringt», erklärt Co-Parteipräsidentin Mirjam Ballmer.

Rettung der Universität

Die Rettung der Basler Universität in ihrer seit 1460 gewachsenen Form und die nun mögliche Weiterführung zahlreicher Kulturinstitutionen im bisherigen Rahmen überzeugen denn auch die meisten der von der bz befragten Basler Politiker. Die Vereinbarung sei das geringere Übel. Ohne Abkommen würden Uni und Kulturinstitutionen beschädigt. Das käme Basel letztlich viel teurer. Auch wenn sich noch keiner der Parteipräsidenten mit den Fraktionen beraten hat, so gehen sie doch davon aus, das der Grosse Rat der Vereinbarung am 11. November zustimmen wird. Einzig die SVP droht für diesen Fall mit dem Referendum.